

Pressedienst Nr. 16487  
Dienstag, 14. März 2023

Fairness-Büro veröffentlicht ersten Tätigkeitsbericht . . . . .	1
Moosbrugger: Fairnessbüro verbessert Situation für bäuerliche Zulieferbetriebe . . . . .	2
Getreideabkommen zwischen Russland und Ukraine wird um 60 Tage verlängert . . . . .	2
EU-Kommission genehmigt Übernahme von Borealis-Nitro durch Agrofert . . . . .	3
Kartoffelmarkt: Unaufgeregter Warenfluss auf Erzeuger- und Absatzseite . . . . .	4

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Fairness-Büro veröffentlicht ersten Tätigkeitsbericht

### Über 200 Beschwerden wegen unfairen Handelspraktiken eingegangen

Wien, 14. März 2023 (aiz.info). - Seit einem Jahr bietet das Fairness-Büro Bäuerinnen und Bauern sowie Lebensmittelverarbeitern anonyme und kostenlose Hilfe, wenn sie von unfairen Handelspraktiken betroffen sind. Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** und der Leiter des Fairness-Büros **Johannes Abentung** stellten bei einer Pressekonferenz die Ergebnisse des ersten Tätigkeitsberichtes vor.

"Entlang der Lebensmittelkette herrscht ein Kampf mit ungleichen Waffen. 107.000 Bäuerinnen und Bauern und eine Vielzahl von Lieferanten stehen drei großen Handelskonzernen gegenüber, die fast 90% des heimischen Marktes kontrollieren. Dieses Ungleichgewicht führt zu harten Preisverhandlungen, drohenden Auslistungen oder aufgezwungenen Vertragsbedingungen. Um Lieferanten im Kampf gegen unfaire Handelspraktiken zu schützen, ist 2022 das Faire-Wettbewerbsbedingungen-Gesetz in Kraft getreten. Darauf aufbauend wurde vor einem Jahr das Fairness-Büro eröffnet", so Totschnig.

Im Schnitt vier Beschwerden pro Woche

"Jede Woche beschweren sich im Schnitt vier Lieferanten wegen unfairer Handelspraktiken. Damit verzeichnete die Ombudsstelle im vergangenen Jahr 200 Anfragen. Bei 21 Fällen wurden die Wettbewerbsbedingungen nicht eingehalten und es besteht somit eindeutig ein Missbrauch der Handelsmacht", erklärt Abentung.

Beispiele für unfaire Geschäftspraktiken betreffen beispielsweise die "-25% Rabattpickerl", "1+1 gratis" oder "-25% Wochenendrabatte". Die Kosten dieser Aktionen wurden von Handelsketten oft auf die Lieferanten und Produzenten abgewälzt. Diese tragen zwar die Kosten, haben aber kein Mitbestimmungs- oder Widerspruchsrecht, da andernfalls Konsequenzen wie Auslistung drohen. In einem anderen Fall verweigerte ein Handelskonzern Preisanpassungen, die aufgrund der steigenden Energie- und Betriebskosten vom Lieferanten angefragt wurden. Ein drittes Beispiel zeigt, dass ein Handelskonzern von einem Produktionsbetrieb verlangt hat, einen gewissen Produktionsanteil für seine Eigenmarke in gleicher Qualität, aber mit deutlich geringerem Preis zu liefern. Bei Verweigerung droht die Auslistung des Markenproduktes.

"Diese Beschwerden haben bereits im ersten Arbeitsjahr das Ungleichgewicht in der Verhandlungsmacht zwischen Produzenten und größeren Käufern bestätigt. Aufgrund von Aussagen der Beschwerdeführer und der vorgelegten Unterlagen wurde der Verdacht auf Missbrauch der Verhandlungsmacht erheblich erhärtet. Weitere Schritte hängen aufgrund des Schutzes der Anonymität von Beschwerdeführern entweder von deren Zustimmung oder von weiteren Meldungen an das Fairness-Büro ab", erklärt Abentung. Er betont außerdem, dass sämtliche Anliegen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Lebensmitteln stets anonym und vertraulich behandelt werden. Zudem ruft er weitere Betroffene auf, sich zu melden. (Schluss)

## Moosbrugger: Fairnessbüro verbessert Situation für bäuerliche Zulieferbetriebe

Weisungsfreie "Erste-Hilfe-Stelle" kostenlos und anonym kontaktieren

Wien, 14. März 2023 (aiz.info). - "Das bloße Bewusstsein für die Existenz eines Fairnessbüros hat mit Sicherheit bereits zu einer Verbesserung der Situation für die bäuerlichen Lieferantinnen und Lieferanten geführt. Die besten Fälle sind jene, die gar nicht erst in der Statistik vorkommen, weil sie von vorne herein verhindert werden konnten", betont Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ-)Präsident **Josef Moosbrugger** anlässlich der Pressekonferenz zum ersten Jahresbericht des Fairnessbüros. Diese weisungsfreie Stelle, die im Landwirtschaftsministerium angesiedelt ist, hilft anonym und kostenlos Betroffenen, denen verbotene oder unlautere Handelspraktiken widerfahren bzw. die Fragen haben.

"Die Einrichtung dieser weisungsfreien 'Erste-Hilfe-Stelle' war eine langjährige Forderung der LKÖ. Zusammen mit dem entsprechenden Rechtsrahmen, der UTP-Richtlinie, hilft sie Zulieferbetrieben, sich gegen die Übermacht großer Handelsketten zur Wehr zu setzen", unterstreicht Moosbrugger. Zu den unlauteren Geschäftspraktiken gehören etwa Zahlungsverzug, kurzfristige Stornierungen von Bestellungen verderblicher Lebensmittel oder auch die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen, wenn Lieferant:innen ihr Recht durchsetzen wollen.

"Studien des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) haben gezeigt, dass das System zu Lasten der bäuerlichen Betriebe aus den Fugen geraten ist. Das Fairnessbüro ist wichtig, um den Druck, dem Zulieferbetriebe ausgesetzt sind, zu reduzieren. Die verzeichneten durchschnittlich vier Fälle pro Woche sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs auf der rauen See des Lebensmittelmarktes. Das Fairnessbüro samt rechtlichem Rahmen ist entscheidend, um den extremen Wettbewerb der Handelsketten nicht zu sehr auf dem Rücken der Bäuerinnen und Bauern auszutragen", so Moosbrugger.

"Immer wieder sind Lieferantinnen und Lieferanten mit Situationen konfrontiert, in denen sie unsicher sind, ob alles im besten Sinne des Wortes 'mit rechten Dingen zugeht'. Gerade in solchen Fällen möchte ich sie wirklich aufrufen, das Fairnessbüro zu kontaktieren und sich genau beraten zu lassen", betont der LKÖ-Präsident. (Schluss) APA OTS 2023-03-14/11:19

## Getreideabkommen zwischen Russland und Ukraine wird um 60 Tage verlängert

Moskau pocht auf Erleichterungen im Export von Düngemitteln

Genf, 14. März 2023 (aiz.info). - Russland hat einer Verlängerung der Vereinbarung über die weiteren Exporte von ukrainischem Getreide über drei Schwarzmeerhäfen zugestimmt. Allerdings soll dies anders als zuvor nur für 60 weitere Tage gelten, wie aus einer Mitteilung des stellvertretenden Außenministers Sergei Verschinin laut APA hervorgeht. Diese wurde am Montagabend auf der Webseite der russischen Botschaft in Genf veröffentlicht. Dort hatten Vertreter Russlands am Montag mit den Vereinten Nationen (UN) verhandelt.

Mit dem Abkommen vom Juli 2022 war auch ein Versprechen der UN verbunden, sich für eine Erleichterung russischer Exporte vor allem von Düngemitteln einzusetzen. Wegen westlicher Sanktionen bleibt das aber schwierig. Die Zustimmung zu einer weiteren Verlängerung macht Moskau laut Verschinin von Fortschritten bei diesen Exportgeschäften abhängig. Es müssten unter anderem Bankzahlungen, Transportlogistik und Versicherungen erleichtert werden. Moskau besteht auch auf der Wiedereröffnung der russischen Pipeline für Ammoniak, die durch die Ukraine führt. Seit dem russischen Angriff auf das Nachbarland im Februar 2022 ist sie nicht mehr in Betrieb.

Die unter Vermittlung der UN und der Türkei zustande gekommene Schwarzmeer-Getreide-Initiative-Vereinbarung hatte zunächst für 120 Tage gegolten und war einmal um 120 Tage verlängert worden. Sie wäre am Wochenende ausgelaufen. Durch die Initiative sind gut 23 Mio. t Getreide auf den Weltmarkt und auch ärmsten Ländern zugutegekommen. (Schluss)

## EU-Kommission genehmigt Übernahme von Borealis-Nitro durch Agrofert

### NÖ Bauernbund: Schwerer Schlag für Wirtschaft in Österreich

Brüssel/St. Pölten, 14. März 2023 (aiz.info). - Die EU-Kommission hat für die Übernahme des Stickstoffgeschäfts der Borealis AG, Borealis Nitro, durch die tschechische Agrofert-Gruppe ohne Auflagen grünes Licht gegeben. Die Übernahme stelle keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken im Europäischen Wirtschaftsraum dar, erklärte die EU-Kommission. Die Borealis AG und Agrofert sind im Agrar- und Chemiesektor Wettbewerber in Bezug auf die Herstellung und den Verkauf von Stickstoffdüngern, AdBlue und anderen technischen Stickstoffprodukten.

Auf der Grundlage ihrer Marktuntersuchung stellte die Kommission fest, dass das Vorhaben den Wettbewerb auf folgenden Märkten nicht wesentlich einschränken würde: Stickstoffdünger, nichttoxische AdBlue-Flüssigkeit zur Abgasnachbehandlung bei Dieselmotoren und technische Stickstoffprodukte wie wässriges Ammoniak und schwache Salpetersäure. Auch hinsichtlich des Vertriebs von Stickstoffdüngern in Tschechien und der Slowakei gebe die Übernahme keinen Anlass zu Wettbewerbsbedenken, so die Brüsseler Behörde.

### NÖ Bauernbund will Düngemittelmarkt genau beobachten

Bis zuletzt hatte sich der NÖ Bauernbund gegen den Verkauf der Düngemittelsparte der Borealis an den tschechischen Agrofert-Konzern ausgesprochen. Gemeinsam mit den international renommierten Kartellrechtsexperten der Kanzlei Hausfeld Rechtsanwälte LLP hatte der NÖ Bauernbund auch Beschwerde bei der EU-Wettbewerbsbehörde eingebracht. "Ein schwerer Schlag für die heimische Wirtschaft, Landwirtschaft und vor allem für die Versorgungssicherheit und damit für ganz Österreich", kommentieren NÖ Bauernbundobmann LH-Stv. **Stephan Pernkopf** und NÖ Bauernbunddirektor **Paul Nemecek** in einer ersten Reaktion die Entscheidung der EU-Behörde.

Aus der Sicht des NÖ Bauernbundes entsteht durch den Zusammenschluss eine monopolähnliche Stellung des Agrofert-Konzerns am heimischen Düngemittelmarkt. Daher ist für den Bauernbund klar: "Wir werden den Düngemarkt genau beobachten und Ungereimtheiten sofort der zuständigen österreichischen Bundeswettbewerbsbehörde melden. Wir scheuen uns nicht, bereits beim

geringsten Nachteil für unsere Bäuerinnen und Bauern rechtlich einzugreifen. Darauf können sich die Landwirte und die Österreicherinnen und Österreicher verlassen", kündigt Nemecek an und verweist auf Gespräche mit der Bundeswettbewerbsbehörde.

Versorgungssicherheit braucht strenges Investitionskontrollgesetz

Weiters fordert der NÖ Bauernbund angesichts der Entscheidung zum Abschluss des Deals nun gesetzliche Konsequenzen und klare, transparente Richtlinien hinsichtlich des Verkaufs der systemrelevanten Infrastruktur. "Die Entscheidung, ob heimische Infrastruktur verkauft wird, darf nicht im Geheimen oder gar im Ausland fallen. Wir fordern ein transparentes und strengeres Investitionskontrollgesetz für systemrelevante Infrastruktur. Klar bleibt für uns als Bauernbund, dass die Versorgungssicherheit unverkäuflich werden muss", erneuern Pernkopf und Nemecek die Forderung aus dem aktuellen Arbeitsprogramm des NÖ Bauernbundes.

Zusammenarbeit mit Wettbewerbsexperten Thanner

Gemeinsam mit dem ehemaligen Generaldirektor der österreichischen Wettbewerbsbehörde Theodor Thanner wird der NÖ Bauernbund sich intensiv in die anstehende Evaluierung des Investitionskontrollgesetzes einbringen. "Fakt ist, dass es nicht die ÖBAG oder die OMV sein werden, die den Schaden bezahlen werden, wenn unsere Bäuerinnen und Bauern einen Wettbewerbsnachteil erleiden werden, weil es den ausländischen Eigentümern gerade so passt. Dieser Deal ist und bleibt verantwortungslos und wird den Österreicherinnen und Österreichern, aber besonders der heimischen Landwirtschaft teuer zu stehen kommen", sind Pernkopf und Nemecek weiterhin von den negativen Folgen des Borealis-Deals überzeugt. (Schluss)

## **Kartoffelmarkt: Unaufgeregter Warenfluss auf Erzeuger- und Absatzseite**

Stabiles Preisniveau hält an

St. Pölten, 14. März 2023 (aiz.info). - Das Geschäft mit österreichischen Speisekartoffeln läuft weiter in seinen gewohnten Bahnen. Die Lager sowohl bei den Landwirten als auch bei den Packbetrieben leeren sich langsam aber stetig. Speziell bei den runden Sorten sind die verfügbaren Mengen an freier Ware schon recht überschaubar. Zudem schreitet der Qualitätsabbau der Lagerware saisontypisch voran und schmälert die verfügbaren Mengen zusätzlich. Momentan wird der Markt von Seiten der Landwirtschaft aber weiterhin gut mit Ware versorgt, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit. Auch auf der Absatzseite gibt es keine nennenswerten Änderungen. Die Inlandsnachfrage läuft stetig auf ruhigem Niveau und der Export spielt angesichts des verhältnismäßig hohen heimischen Preisniveaus weiter nur eine Nebenrolle.

Die Erzeugerpreise haben sich zur Vorwoche nicht verändert. Einzig bei Kühlhausware kam es vereinzelt zu Lageraufschlägen. In Niederösterreich wurde zu Wochenbeginn für Speisekartoffeln meist 30 bis 32 Euro/100kg bezahlt. Für Partien mit überdurchschnittlich hohen Absortierungen liegen die Preise auch darunter. Aus Oberösterreich wurden ebenfalls unveränderte Preise von bis zu 32 Euro/100kg gemeldet.

Am deutschen Speisekartoffelmarkt gibt es ebenfalls keine nennenswerten Veränderungen. Die Inlandsnachfrage ist immer noch recht ruhig. Allerdings wird in den kommenden Wochen doch mit einer Belebung vor dem nahenden Osterfest gerechnet. Die verfügbaren Angebotsmengen sind weiterhin gut ausreichend, um den laufenden Bedarf zu decken. Insgesamt gehen die Händler daher auch davon aus, dass sich am aktuellen Preisniveau in diesem Monat nichts mehr ändern wird. Für die weitere Entwicklung wird es entscheidend sein, wie sich die Qualitäten im Lager entwickeln. Bislang hielten sich die Auslagerungen wegen mangelnder Lagerfähigkeit in Grenzen. Auch der Export bleibt angesichts des Preisniveaus eher verhalten. Bedarf wäre in den traditionellen Importländern zwar durchaus gegeben, aber bei den Preisen liegt man noch zu weit auseinander. Die Erzeugerpreise wurden somit auf dem Vorwochenniveau fortgeschrieben. Die Preise für Speiseware lagen zuletzt im Bundesdurchschnitt je nach Sorte bei 28 bis 30 Euro/100 kg. (Schluss)